Deutscher Bundestag
14. Wahlperiode

Drucksache 14/8199
06. 02. 2002

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu den Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Litauen vom 23. Februar 2001 und zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Slowenien vom 2. März 2001 (Organisierte Kriminalität (OK)-Zusammenarbeitsgesetz)

A. Problem und Ziel

Mit den am 23. Februar 2001 in Wilna und am 2. März 2001 in Laibach unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und den Regierungen der litauischen und der slowenischen Republik über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Straftaten mit erheblicher Bedeutung, insbesondere der Organisierten Kriminalität, soll die Wirksamkeit der guten Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität gesteigert und hierdurch die innere Sicherheit in den Vertragsstaaten erhöht werden.

Die Bundesregierung soll ermächtigt werden, entsprechende Abkommen künftig durch Rechtsverordnung in Kraft zu setzen.

B. Lösung

Durch den Gesetzentwurf sollen die nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes erforderlichen Voraussetzungen für die Ratifizierung der Verträge geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Keine

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DER BUNDESKANZLER

Berlin, den 6. Februar 2002

Herrn
Wolfgang Thierse
Präsident des
Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1

11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

> Entwurf eines Gesetzes zu den Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Litauen vom 23. Februar 2001 und zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Slowenien vom 2. März 2001 (Organisierte Kriminalität (OK) – Zusammenarbeitsgesetz)

mit Begründung und Vorblatt (Anlage 1).

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium des Innern.

Der Bundesrat hat in seiner 770. Sitzung am 30. November 2001 gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf wie aus Anlage 2 ersichtlich Stellung zu nehmen.

Die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates ist in der als Anlage 3 beigefügten Gegenäußerung dargelegt.

Mit freundlichen Grüßen

Gerhard Schröder

Anlage 1

Entwurf

Gesetz zu den Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Litauen vom 23. Februar 2001 und zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Slowenien vom 2. März 2001 (Organisierte Kriminalität (OK)-Zusammenarbeitsgesetz)

Vom

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Folgenden völkerrechtlichen Verträgen wird zugestimmt:

1. dem in Wilna am 23. Februar 2001 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Litauen über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, des Terrorismus und anderer Straftaten mit erheblicher Bedeutung,
2. dem in Laibach am 2. März 2001 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Slowenien über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Straftaten mit erheblicher Bedeutung.

Die Abkommen werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Straftaten mit erheblicher Bedeutung, insbesondere der Organisierten Kriminalität, in Kraft zu setzen, die den in Artikel 1 Nr. 1 und 2 dieses Gesetzes genannten Abkommen entsprechen.

(2) Die Abkommen können zusätzlich bestimmen: Den Personen, die infolge von Datenübermittlungen nach dem Abkommen rechtswidrig geschädigt werden, haftet die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Die empfangende Stelle kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist. Leistet die empfangende Stelle Schadensersatz wegen eines Schadens, der durch die Verwendung von unrichtig übermittelten Daten verursacht wurde, so erstattet die übermittelnde Stelle der empfangenden Stelle den Gesamtbetrag des geleisteten Ersatzes.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Die Tage, an denen die in Artikel 1 genannten Abkommen nach ihrem jeweiligen Artikel 10 Abs. 1 jeweils in Kraft treten, sind im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

I. Allgemeines

Infolge der wirtschaftlichen und politischen Veränderungen in Osteuropa seit Anfang der neunziger Jahre hat auch die grenzüberschreitende Kriminalität eine neue Dimension erreicht. Dem völkerrechtlichen Instrument der bilateralen Abkommen kommt zunehmendes Gewicht für die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei der Kriminalitätsbekämpfung zu. Beginnend im Jahre 1989 mit dem Abkommen über die Zusammenarbeit beim Kampf gegen den Missbrauch von Suchtstoffen und psychotropen Stoffen mit der ehemaligen UdSSR hat die Bundesrepublik Deutschland inzwischen mit Polen, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, der ehemaligen Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik, Estland, Lettland, Ukraine, Belarus, Kasachstan, Usbekistan und Kirgisistan sowie der Russischen Föderation Abkommen zur Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität geschlossen.

Allerdings ist erst ein Teil der Abkommen in Kraft getreten. Insbesondere das Inkrafttreten der in den Jahren 1994 und 1995 unterzeichneten Abkommen mit den Staaten Estland, Lettland, Ukraine, Belarus und Kasachstan hatte sich wegen intensiver Diskussion innerhalb der Bundesregierung über die Ausgestaltung einer den Anforderungen des modernen Datenschutzes entsprechenden Datenschutzregelung verzögert. Nachdem hierzu eine tragfähige Formulierung gefunden war, konnten im Jahre 2000 die Abkommen mit Slowenien und Litauen bereits auf dieser Grundlage verhandelt werden. Die Bundesregierung beabsichtigt, die nunmehr in diesen Abkommen in dem jeweiligen Artikel 6 enthaltene Datenschutzklausel entsprechend in zukünftige Abkommen aufzunehmen und ebenso die bereits geschlossenen Abkommen nachträglich anzupassen. Die Verfahren zur Änderung der bereits geschlossenen Abkommen sind eingeleitet.

Im Interesse einer Entlastung des Gesetzgebungsverfahrens und angesichts der Gleichförmigkeit der in den Abkommen enthaltenen Regelungen ist das Instrument der Verordnungsermächtigung ein zulässiges und geeignetes Mittel, um sowohl die nachträglich um die neue Datenschutzklausel ergänzten älteren Abkommen als auch auf dieser Grundlage zukünftig noch hinzutretende neue Abkommen schnellstmöglich in Kraft zu setzen.

II. Im Einzelnen

Zu Artikel 1

Auf beide Verträge findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Zu Artikel 2

Im Interesse einer Entlastung des Gesetzgebungsverfahrens soll durch Artikel 2 Abs. 1 der Bundesregierung die Möglichkeit eröffnet werden, künftig entsprechende Abkommen durch Rechtsverordnung in Kraft zu setzen. Die regelmäßig in den entsprechenden Abkommen wiederkehrenden Regelungen zu Deliktsbereichen, Zusammenarbeitsformen und deren Beschränkungen sowie zur Gewährleistung eines hohen Datenschutzniveaus lassen eine Regelung im Verordnungswege zu. Die verfassungsrechtlich gebotene Bestimmtheit der Verordnungsermächtigung ist dabei durch die Inbezugnahme der konkreten Abkommen mit Slowenien und Litauen gewährleistet.

Artikel 2 Abs. 2 sieht ausdrücklich die Möglichkeit vor, das in den Bezugsabkommen im jeweiligen Artikel 6 enthaltene eigenständige Datenschutzregime zukünftig um eine entsprechende Haftungsregelung zu erweitern.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem die Verträge nach ihrem Artikel 10 Abs.1 jeweils in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkungen

Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da Kosten für die private Wirtschaft und private Verbraucher nicht entstehen.

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Litauen über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, des Terrorismus und anderer Straftaten mit erheblicher Bedeutung

Vokietijos Federacinės Respublikos Vyriausybės ir Lietuvos Respublikos Vyriausybės Sutartis dėl bendradarbiavimo kovojant su organizuotu nusikalstamumu, terorizmu ir kitais sunkiais nusikaltimais

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Litauen –

in der Absicht, auf der Grundlage der Erklärung vom 21. Juli 1993 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Litauen einen Beitrag zur Entwicklung der Beziehungen zu leisten,

in der Überzeugung, dass die Zusammenarbeit für die wirksame Verhinderung und Bekämpfung von Straftaten mit erheblicher Bedeutung, insbesondere der organisierten Kriminalität, der Rauschgiftkriminalität, der unerlaubten Einschleusung von Personen sowie des Terrorismus von wesentlicher Bedeutung ist,

geleitet von dem Bestreben, die Bürger ihrer Staaten und andere Personen in ihrem Hoheitsgebiet wirksam vor kriminellen Handlungen zu schützen,

in Anerkennung der großen Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Kriminalität und in dem Wunsch, einander möglichst umfassend Unterstützung zu gewähren und die Wirksamkeit der Zusammenarbeit in diesem Bereich zu steigern,

eingedenk der Ziele und Prinzipien der völkerrechtlichen Übereinkünfte, deren Teilnehmer die beiden Staaten sind, sowie der Resolutionen der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung,

in dem Bestreben, einen Beitrag zur Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen zu leisten –

sind wie folgt übereingekommen:

Vokietijos Federacinės Respublikos Vyriausybė

ir

Lietuvos Respublikos Vyriausybė

remdamosi 1993 m. liepos 21 d. Deklaracija dėl Vokietijos Federacinės Respublikos ir Lietuvos Respublikos santykių pagrindų ir ketindamos toliau plėtoti šiuos santykius,

įsitikinusios, kad bendradarbiavimas turi svarbią reikšmę veiksmingai užkardant sunkius nusikaltimus ir kovojant su jais, ypač su organizuotu nusikalstamumu, nusikaltimais, susijusiais su narkotikais, nelegaliu asmenų gabenimu per sieną bei terorizmu,

siekdamos savo valstybės teritorijoje veiksmingai apsaugoti savo valstybių piliečius ir kitus asmenis nuo nusikalstamų veiksmų,

pripažindamos didelę tarptautinio bendradarbiavimo svarbą kovojant su nusikalstamumu ir norėdamos viena kitai suteikti kuo didesnę paramą ir glaudžiau bendradarbiauti,

atsižvelgdamos į tarptautinių konvencijų, prie kurių abi valstybės yra prisijungusios, tikslus bei principus ir į Jungtinių Tautų ir jų specialiųjų organizacijų rezoliucijas dėl kovos su nusikalstamumu,

siekdamos plėtoti abipusius santykius,

susitarė:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Republik Litauen, im Folgenden Vertragsparteien genannt, arbeiten nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, des Terrorismus und anderer Straftaten mit erheblicher Bedeutung zusammen, die gemeinsame Maßnahmen der zuständigen Behörden beider Staaten erfordern, insbesondere bei Straftaten, die unter Einbeziehung organisierter krimineller Strukturen begangen werden.

(2) Sofern organisierte kriminelle Strukturen bei der Tatplanung oder -begehung erkennbar sind, arbeiten die Vertragsparteien unabhängig von der Schwere der Straftat zusammen, insbesondere bei der Bekämpfung von:

- Straftaten gegen das Leben, die Gesundheit und die persönliche Freiheit,
- illegalem Verkehr von Betäubungsmitteln und psychotropen Substanzen sowie von Vorläufersubstanzen,
- Terrorismus,
- unerlaubter Einschleusung von Ausländern, Menschenhandel und Ausbeutung der Prostitution durch Dritte,
- Erpressung,
- illegalem Verkehr mit Waffen, Munition, Sprengmitteln, Sprengstoffen und radioaktiven Materialien,
- Eigentumskriminalität,
- Herstellung, Besitz und Verbreitung von Falschgeld, Fälschung von unbaren Zahlungsmitteln oder Wertpapieren sowie der Verwendung gefälschter unbarer Zahlungsmittel oder Wertpapiere,
- Fälschung und Verfälschung von öffentlichen Dokumenten und Urkunden,
- Geldwäsche.

(3) Dieses Abkommen berührt nicht die Fragen der Auslieferung und der Erweisung der Rechtshilfe in Strafsachen sowie die Unterstützung und Rechtshilfe in Fiskalsachen.

1 straipsnis

1. Vokietijos Federacinės Respublikos Vyriausybė ir Lietuvos Respublikos Vyriausybė toliau – Susitariančiosios Šalys, vadovaudamosi savo valstybių įstatymais, bendradarbiauja kovodamos su organizuotu nusikalstamumu, terorizmu ir kitais sunkiais nusikaltimais, kuriems užkardyti reikalingos abiejų valstybių kompetentingų institucijų priemonės, ypač kovojant su nusikaltimais, padarytais pasitelkus organizuotas nusikalstamas struktūras.

2. Jeigu planuojant arba darant nusikaltimą dalyvavo organizuotos nusikalstamos struktūros, Susitariančiosios Šalys bendradarbiauja nepaisydamos nusikaltimo sunkumo, ypač kovodamos su:

- nusikaltimais asmens gyvybei, sveikatai ir laisvei,
- neteisėta narkotinių ir psichotropinių medžiagų, taip pat jų pirmtakų apyvarta,
- terorizmu,
- neteisėtu užsieniečių gabenimu per sieną, prekyba žmonėmis ir sąvadavimu,
- turto prievartavimu,
- neteisėta ginklų, šaudmenų, sprogmenų, sprogstamųjų ir radioaktyviųjų medžiagų apyvarta,
- nusikaltimais nuosavybei,
- netikrų pinigų gamyba, laikymu ir platinimu, negrynų mokėjimo priemonių arba vertybinių popierių klastojimu, taip pat suklastotų negrynų mokėjimo priemonių arba vertybinių popierių panaudojimu,
- oficialių dokumentų ir liudijimų padirbinėjimu bei klastojimu,
- pinigų plovimu.

3. Ši sutartis netaikoma ekstradicijai ir teisinės pagalbos teikimui baudžiamosiose bylose bei paramos ir teisinės pagalbos teikimui mokesčių pažeidimų bylose.

Artikel 2

(1) Zum Zwecke der Umsetzung dieses Abkommens erfolgt die Zusammenarbeit der Vertragsparteien unmittelbar zwischen den nachfolgend genannten zuständigen Behörden,

auf deutscher Seite:

- Bundesministerium des Innern,
- Bundesministerium für Gesundheit,
- Bundeskriminalamt,
- Grenzschutzdirektion,
- Zollkriminalamt;

auf litauischer Seite:

- Innenministerium,
- Polizeidepartement beim Innenministerium,
- Grenzpolizeidepartement beim Innenministerium,
- Steuerpolizeidepartement beim Innenministerium,
- Zolldepartement beim Finanzministerium.

(2) Die Vertragsparteien werden einander über Änderungen der Bezeichnung der Behörden nach Absatz 1 auf diplomatischem Wege unterrichten.

2 straipsnis

1. Įgyvendindamos šią sutartį, Susitariančiosios šalys tiesiogiai bendradarbiaus per toliau išvardytas kompetentingas institucijas:

Vokietijoje:

- Federalinę vidaus reikalų ministeriją,
- Federalinę sveikatos apsaugos ministeriją,
- Federalinę kriminalinės policijos valdybą,
- Pasienio apsaugos direkciją,
- Muitinės kriminalinės policijos valdybą.

Lietuvoje:

- Vidaus reikalų ministeriją,
- Policijos departamentą prie Vidaus reikalų ministerijos,
- Pasienio policijos departamentą prie Vidaus reikalų ministerijos,
- Mokesčių policijos departamentą prie Vidaus reikalų ministerijos,
- Muitinės departamentą prie Finansų ministerijos;

2. Susitariančiosios Šalys diplomatiniais kanalais praneša viena kitai apie pirmoje dalyje nurodytų institucijų pavadinimų pakeitimus.

Artikel 3

Zum Zwecke der Zusammenarbeit werden die Vertragsparteien:

- im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts Informationen über begangene oder geplante Straftaten, über Tätergruppen, deren Strukturen, Verbindungen und Methoden ihrer Tätigkeit austauschen, soweit dies für die Verhütung, Ermittlung, Verhinderung und Aufklärung von Straftaten mit erheblicher Bedeutung erforderlich ist;
- auf Ersuchen die nach dem Recht der jeweils ersuchten Vertragspartei zulässigen Maßnahmen sowie abgestimmte operative Maßnahmen zur Verhütung, Ermittlung, Verhinderung und Aufklärung von Straftaten durchführen. Sie können im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts und vorbehaltlich des Artikels 1 Absatz 3 die Anwesenheit von Vertretern der zuständigen Behörden der anderen Seite bei der Durchführung operativer Maßnahmen gestatten;
- gemeinsame Maßnahmen zur Bekämpfung des illegalen Verkehrs, insbesondere der illegalen Herstellung von Betäubungsmitteln und psychotropen Substanzen sowie von Vorläufersubstanzen durchführen;
- Erfahrungen über die Überwachung des legalen Verkehrs von Betäubungsmitteln und psychotropen Substanzen sowie von Vorläufersubstanzen austauschen und Maßnahmen zur Verhinderung des Missbrauchs ergreifen;
- bei Bedarf Verbindungsbeamte entsenden;
- einander Muster von Gegenständen und Stoffen, die aus Straftaten erlangt oder für diese verwendet wurden oder werden können, zur Verfügung stellen;
- nach Möglichkeit Fachleute zur Fortbildung und zum Erfahrungsaustausch entsenden;
- kriminalistisch-kriminologische Forschungsergebnisse austauschen;
- im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts andere Maßnahmen ergreifen, die den Zielen dieses Abkommens und Verpflichtungen aus anderen für beide Staaten verbindlichen völkerrechtlichen Verträgen entsprechen.

3 straipsnis

Turėdamos tikslą bendradarbiauti, Susitariančiosios Šalys:

- vadovaudamosi savo valstybių įstatymais, keisis informacija apie padarytus arba galimus padaryti nusikaltimus, nusikaltėlių grupes, jų struktūras, ryšius ir veiklos metodus, jei tai reikalinga sunkiems nusikaltimams užkardyti, tirti ir išaiškinti;
- kitos Susitariančiosios Šalies prašymu atliks prašymą gavusios Susitariančiosios Šalies įstatymų leidžiamus veiksmus bei imsis suderintų skubių priemonių nusikaltimams užkardyti, tirti ir išaiškinti. Vadovaudamosi savo valstybių įstatymais ir atsižvelgdamos į 1 straipsnio 3 dalies nuostatą, jos gali leisti kitos Susitariančiosios Šalies kompetentingos institucijos atstovams dalyvauti įgyvendinant skubias priemones;
- atliks bendrus veiksmus kovodamos su neteisėta narkotikų apyvarta, ypač su nelegalia narkotinių ir psichotropinių medžiagų, taip pat jų pirmtakų gamyba;
- keisis teisėtos narkotinių bei psichotropinių medžiagų, taip pat jų pirmtakų apyvartos kontrolės patirtimi ir imsis priemonių užkirsti kelią piktnaudžiavimui;
- esant poreikiui, siųs teisėsaugos atašė;
- pateiks viena kitai pavyzdžius medžiagų ir daiktų, kurie buvo įgyti nusikaltimo metu ir kurie gali būti arba buvo panaudoti darant nusikaltimą;
- pagal išgales siųs specialistus tobulinti kvalifikacijos ir pasidalyti patirtimi;
- keisis kriminalistikos ir kriminologijos tyrimų rezultatais;
- vadovaudamosi savo valstybių įstatymais, imsis kitų priemonių, kurios atitinka šios sutarties tikslus ir kitų tarptautinių sutarčių, prie kurių abi valstybės yra prisijungusios, įsipareigojimus.

Artikel 4

(1) Die Vertragsparteien werden zur Bewertung der Umsetzung dieses Abkommens und der Zweckmäßigkeit seiner Ergänzung oder Änderung bei Bedarf Konsultationen durchführen.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien können Arbeitsgruppen einrichten, Expertentreffen durchführen und Vereinbarungen zur Durchführung dieses Abkommens schließen.

4 straipsnis

1. Susitariančiosios Šalys prireikus tarpusavyje konsultuosis dėl sutarties vykdymo ir tikslingumo ją papildyti arba pakeisti.

2. Susitariančiųjų Šalių kompetentingos institucijos gali sudaryti darbo grupes, organizuoti ekspertų susitikimus ir pasirašyti susitarimus dėl šios sutarties vykdymo.

Artikel 5

(1) Ist eine Vertragspartei der Ansicht, dass die Erfüllung eines Ersuchens oder die Durchführung anderer Maßnahmen der Zusammenarbeit die Souveränität oder die Sicherheit des Staates beeinträchtigen kann oder den Grundsätzen seines eigenen Rechts, seinen internationalen Verpflichtungen oder anderen wesentlichen Interessen des Staates widerspricht, so kann die Erfüllung des Ersuchens oder die Durchführung anderer Maßnahmen ganz oder teilweise verweigert oder von Bedingungen oder Auflagen abhängig gemacht werden.

(2) Die Unterstützung kann auch verweigert werden, wenn die Handlung, deretwegen das Ersuchen erging, nach dem im Staat der ersuchten Vertragspartei geltenden Recht keine strafbare Handlung ist.

(3) Die ersuchende Vertragspartei wird über die Verweigerung, in der Regel unter Angabe der Gründe, unterrichtet.

5 straipsnis

1. Jei viena Susitariančiųjų Šalių mano, kad patenkinus prašymą arba įgyvendinus kitas bendradarbiavimo priemones gali būti pakenkta valstybės suverenitetui ar saugumui arba būtų prieštaraujama jos pačios įstatymams, tarptautiniams įsipareigojimams ar kitiems esminiams valstybės interesams, ji gali visiškai arba iš dalies atsisakyti patenkinti prašymą arba įgyvendinti kitas priemones, arba tai daryti taikydama apribojimus, arba sieti su kitomis sąlygomis ir įpareigojimų suteikimu.

2. Parama gali būti nesuteikta ir tuo atveju, jei veiksmas, dėl kurio buvo paduotas prašymas, pagal prašymą gavusios Susitariančiosios šalies įstatymus nėra nusikalstamas veiksmas.

3. Prašymą padavusi Susitariančioji Šalis informuojama apie atsisakymą patenkinti prašymą, paprastai nurodant priežastis.

Artikel 6

Unter Beachtung des innerstaatlichen Rechts jeder Vertragspartei erfolgen Übermittlung und Verwendung von personenbezogenen Daten, im Weiteren Daten genannt, im Rahmen dieses Abkommens durch die in Artikel 2 genannten Stellen der Vertragsparteien nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

1. Die empfangende Stelle einer Vertragspartei unterrichtet die übermittelnde Stelle der anderen Vertragspartei auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
2. Die Verwendung der Daten durch den Empfänger ist nur zu den in diesem Abkommen bezeichneten Zwecken und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgegebenen Bedingungen zulässig. Die Verwendung ist darüber hinaus zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten mit erheblicher Bedeutung sowie zum Zwecke der Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit zulässig.
3. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Stelle Grund zu der Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen der betroffenen Personen beeinträchtigt würden. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
4. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Daten sowie über ihren vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Das Recht des Betroffenen auf Auskunftserteilung richtet sich nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird. Die Erteilung einer solchen Auskunft kann verweigert werden, wenn das Interesse des Staates, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Antragstellers überwiegt.
5. Die übermittelnde Stelle weist bei der Übermittlung von Daten auf die nach ihrem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Fristen für die Aufbewahrung dieser Daten hin, nach deren Ablauf sie gelöscht werden müssen. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.

6 Die übermittelnde und die empfangende Stelle stellen sicher, dass die Übermittlung und der Empfang der Daten aktenkundig gemacht wird.

7. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

6 straipsnis

Atsižvelgdamos į kiekvienos Susitariančiosios Šalies vidaus įstatymus, šios sutarties 2 straipsnyje nurodytos Susitariančiųjų Šalių institucijos perduoda asmens duomenis (toliau – duomenys) ir panaudoja juos pagal šias nuostatas:

1. Duomenis gavusi Susitariančiosios Šalies institucija duomenis perdavusią kitos Sutariančiosios Šalies instituciją jos prašymu informuoja apie perduotų duomenų panaudojimą ir tokiu būdu gautus rezultatus.
2. Gavėjui leidžiama panaudoti duomenis tik šioje sutartyje nustatytiems tikslams ir duomenis perdavusios institucijos nustatytomis sąlygomis. Be to, duomenis leidžiama panaudoti sunkiems nusikaltimams užkardyti bei išaiškinti bei visuomenės saugumui iškilusiam dideliam pavojui pašalinti.
3. Duomenis perduodanti institucija yra įpareigota stebėti, kad perduodami duomenys būtų tikslūs ir iš tikrųjų reikalingi bei atitinkantys siekiamą tikslą. Kartu reikia laikytis atitinkamos valstybės galiojančių vidaus įstatymų dėl draudimo perduoti duomenis. Duomenys neperduodami, jei duomenis perduodanti institucija turi pagrindo manyti, kad tokiu atveju būtų pažeisti valstybės vidaus įstatymai arba būtų pakenkta interesams tų asmenų, kurių duomenis prašoma pateikti. Jei paaiškėja, kad buvo perduoti neteisingi duomenys arba duomenys, kurių nebuvo galima perduoti, gavėjas nedelsiant informuojamas apie tai. Jis privalo duomenis ištaisyti arba sunaikinti.
4. Suinteresuoto asmens prašymu jam turi būti suteikta informacija, kokie duomenys apie jį turimi ir kokiam tikslui numatyta juos panaudoti. Suinteresuoto asmens teisę į informacijos suteikimą reglamentuoja Susitariančiosios Šalies, kurios teritorijoje buvo paduotas prašymas suteikti informaciją, įstatymai. Prašymas suteikti tokio pobūdžio informaciją gali būti atmestas, jei valstybės interesas neteikti informacijos yra svarbesnis už prašymą padavusio asmens interesus.
5. Duomenis perduodanti institucija juos perduodama, nurodo savo valstybės įstatymų nustatytus šių duomenų saugojimo terminus, kuriems pasibaigus jie turi būti sunaikinti. Kad ir kokie būtų šie terminai, perduoti duomenys turi būti sunaikinti, kai tik jie tampa nereikalingi tam tikslui, kuriam buvo perduoti.
6. Duomenis perduodanti ir duomenis gaunanti institucija užtikrina, kad duomenų perdavimas ir gavimas būtų įforminamas dokumentais.
7. Duomenis perduodanti ir duomenis gaunanti institucija privalo tinkamai saugoti perduotus duomenis, kad pašaliniai asmenys, neturintys leidimo, negalėtų prieiti prie duomenų, juos keisti ar skelbti.

Artikel 7

Anfragen, Informationen und Dokumente, die nach Maßgabe dieses Abkommens eingehen, werden auf Bitte der übermittelnden Stelle der anderen Vertragspartei vertraulich behandelt. Der Grund für eine solche Bitte ist anzugeben.

7 straipsnis

Kitos Susitariančiosios Šalies institucijos, perduodančios duomenis, prašymu paklausimai, informacija ir dokumentai, gaunami vadovaujantis šia sutartimi, turi būti laikomi paslaptyje. Tokio prašymo priežastis turi būti nurodyta.

Artikel 8

(1) Die Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens erfolgt in der deutschen, der litauischen oder der englischen Sprache.

8 straipsnis

1. Pagal šią sutartį bendradarbiaujama vokiečių, lietuvių arba anglų kalbomis.

(2) Ersuchen um Auskunft oder Durchführung von Maßnahmen nach diesem Abkommen werden von den in Artikel 2 genannten zuständigen Stellen schriftlich direkt übermittelt. In dringenden Fällen kann das Ersuchen auch mündlich übermittelt werden, es muss aber unverzüglich schriftlich bestätigt werden.

(3) Sofern die Vertragsparteien nicht anders vereinbart haben, trägt die mit der Erledigung eines Ersuchens verbundenen Kosten die ersuchte Seite mit Ausnahme der Reisekosten für Vertreter der ersuchenden Seite.

2. Pagal šią sutartį prašymus pateikti informaciją arba vykdyti priemones šios sutarties 2 straipsnyje išvardytos abiejų šalių kompetentingos institucijos perduoda tiesiogiai raštu. Skubiais atvejais prašymas gali būti perduotas ir žodžiu, tačiau nedelsiant turi būti patvirtintas raštu.

3. Išlaidas, susijusias su prašymo vykdymu, išskyrus prašymą padavusios šalies atstovų kelionės išlaidas, apmoka prašymą gavusi šalis, nebent šalys nuspręstų kitaip.

Artikel 9

Durch dieses Abkommen werden die in zweiseitigen oder mehrseitigen Übereinkünften enthaltenen Rechte oder Verpflichtungen der Vertragsparteien nicht berührt.

9 straipsnis

Sudarius šią sutartį, Susitariančiųjų Šalių teisės arba pareigos, įtvirtintos dvišalėse arba daugiašalėse sutartyse, nepasikeičia.

Artikel 10

(1) Dieses Abkommen tritt 30 Tage nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung.

(2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann von jeder Vertragspartei auf diplomatischem Wege schriftlich gekündigt werden. Die Kündigung wird sechs Monate nach dem Tag wirksam, an dem sie der anderen Vertragspartei zugegangen ist.

10 straipsnis

1. Ši sutartis įsigalioja praėjus 30 dienų nuo tos dienos, kai Susitariančios Šalys notomis viena kitai praneša, kad įvykdė sutarčiai įsigalioti būtinas sąlygas savo valstybėje. Ši data priklauso nuo paskutinio pranešimo gavimo dienos.

2. Ši sutartis sudaroma neribotam laikui. Kiekviena šalis gali ją nutraukti diplomatiniais kanalais pranešdama apie tai raštu. Sutartis netenka galios praėjus šešiems mėnesiams nuo tos dienos, kai žinia apie sutarties nutraukimą pasiekė kitą Susitariančiąją šalį.

Geschehen zu Wilna am 23. Februar 2001 in zwei Urschriften, jede in deutscher und litauischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Sudaryta Vilniuje 2001 m. vasario 23 d. dviem egzemplioriais ir vokiečių kalbomis ir lietuvių, abu tekstai turi vienodą teisinę galią.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Vokietijos Federacinės Respublikos Vyriausybės vardu
von Berg
Schily

Für die Regierung der Republik Litauen
Lietuvos Respublikos Vyriausybės vardu
V. Markevičius

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Slowenien über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Straftaten mit erheblicher Bedeutung

Sporazum med Vlado Zvezne republike Nemčije in Vlado Republike Slovenije o sodelovanju pri zatiranju hujših kaznivih dejanj

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Slowenien
(im Folgenden Vertragsparteien genannt) –

besorgt über das Anwachsen der Kriminalität, insbesondere ihrer organisierten Formen,

geleitet von dem Bestreben, die Bürger ihrer Staaten und andere Personen in ihrem Hoheitsgebiet wirksam vor kriminellen Handlungen zu schützen,

in Anerkennung der großen Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Kriminalität und in dem Wunsch, einander möglichst umfassend Unterstützung zu gewähren und die Wirksamkeit der Zusammenarbeit in diesem Bereich zu steigern,

eingedenk der Ziele und Prinzipien der völkerrechtlichen Übereinkünfte, die die beiden Vertragsparteien ratifiziert haben, sowie der Resolutionen der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung,

in dem Bestreben, einen Beitrag zur Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen zu leisten –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien arbeiten nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts bei der Bekämpfung von Straftaten mit erheblicher Bedeutung zusammen, die gemeinsame Maßnahmen der zuständigen Behörden beider Staaten erfordern, insbesondere bei Straftaten, die unter Einbeziehung organisierter krimineller Strukturen begangen werden.

Vlada Zvezne republike Nemčije

in

Vlada Republike Slovenije
(v nadaljevanju: pogodbenici)
sta se

zaskrbljeni zaradi naraščanja kriminalitete, predvsem njenih organiziranih oblik,

v prizadevanju, da bi državljane svojih držav in druge osebe na svojem ozemlju učinkovito zaščitili pred kriminalnimi dejanji,

ob priznavanju velikega pomena mednarodnega sodelovanja pri zatiranju kriminalitete in v želji, da bi zagotovili čim večjo medsebojno podporo ter povečali učinkovitost sodelovanja na tem področju,

ob upoštevanju ciljev in načel mednarodnopravnih sporazumov, ki sta jih ratificirali obe pogodbenici, ter resolucij Združenih narodov in njihovih posebnih organizacij na področju zatiranja kriminalitete,

v prizadevanju, da bi prispevali svoj delež pri razvoju medsebojnih odnosov,

dogovorili naslednje:

1. člen

(1) Pogodbenici sodelujeta v skladu s svojimi notranjepravnimi predpisi pri zatiranju hujših kaznivih dejanj, ki zahtevajo skupne ukrepe pristojnih organov obeh držav, predvsem pri tistih kaznivih dejanjih, ki vsebujejo elemente organiziranih kriminalnih združb in povezav.

(2) Sofern organisierte kriminelle Strukturen bei der Tatplanung oder -begehung erkennbar sind, arbeiten die Vertragsparteien unabhängig von der Schwere der Straftat zusammen, insbesondere bei der Bekämpfung von:

– illegaler Herstellung und illegalem Verkehr von Betäubungsmitteln und psychotropen Substanzen, im Weiteren Rauschgift genannt, sowie von Vorläufersubstanzen hierzu,
– Terrorismus,
– unerlaubter Einschleusung von Ausländern, Menschenhandel und Zuhälterei,
– Erpressung,
– unerlaubtem Verkehr mit Waffen, Sprengstoffen, nuklearen und radioaktiven Materialien,
– Eigentumskriminalität,
– Herstellung und Verbreitung von Falschgeld, Fälschung von unbaren Zahlungsmitteln oder Wertpapieren sowie die Verwendung gefälschter unbarer Zahlungsmittel oder Wertpapiere,
– Geldwäsche,
– Fälschung und Verfälschung von Dokumenten und öffentlichen Urkunden.

(3) Dieses Abkommen berührt nicht die Fragen der Auslieferung und der Erweisung der gegenseitigen Rechtshilfe in Strafsachen sowie die Unterstützung und gegenseitige Rechtshilfe in Fiskalsachen.

Artikel 2

Zum Zwecke der Umsetzung dieses Abkommens erfolgt die Zusammenarbeit der Vertragsparteien unmittelbar zwischen ihren folgenden zuständigen Behörden:

auf deutscher Seite

– Bundesministerium des Innern,
– Bundesministerium für Gesundheit,
– Bundeskriminalamt,
– Grenzschutzdirektion,
– Zollkriminalamt;

auf slowenischer Seite

– Ministerium für Inneres,
– Ministerium für Gesundheit,
– Ministerium für Finanzen,
– Generaldirektion der Polizei.

Artikel 3

Zum Zwecke der Zusammenarbeit werden die Vertragsparteien:

– im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts Informationen über begangene oder geplante Straftaten, über Tätergruppen, deren Strukturen, Verbindungen und Methoden ihrer Tätigkeit austauschen, soweit dies für die Verhütung, Aufklärung und Ermittlung von Straftaten von erheblicher Bedeutung erforderlich ist;
– auf Ersuchen die nach dem Recht der jeweils ersuchten Vertragspartei zulässigen Maßnahmen sowie abgestimmte operative Maßnahmen zur Verhütung, Aufklärung und Ermittlung von Straftaten durchführen, wobei sie im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts und vorbehaltlich des Artikels 1 Absatz 3 die Anwesenheit von Vertretern der zuständigen Behörden der anderen Seite bei der Durchführung operativer Maßnahmen gestatten können;
– gemeinsame Maßnahmen zur Bekämpfung des illegalen Verkehrs, insbesondere der illegalen Herstellung von Rauschgift und Vorläufersubstanzen hierzu durchführen;

(2) Če so pri načrtovanju ali storitvi kaznivih dejanj razpoznavne organizirane kriminalne združbe in povezave, pogodbenici sodelujeta ne glede na težo kaznivega dejanja, predvsem pa pri zatiranju:

– nezakonite proizvodnje in nezakonitega prometa s prepovedanimi drogami in psihotropnimi snovmi, v nadaljevanju imenovane prepovedane droge, ter predhodnimi sestavinami,
– terorizma,
– nedovoljenega vodenja tujcev čez mejo, trgovanja z ljudmi in zvodništva,
– izsiljevanja,
– nedovoljenega prometa z orožjem, razstrelivom, jedrskim in radioaktivnim materialom,
– premoženjske kriminalitete,
– izdelovanja in razpečevanja ponarejenega denarja, ponarejanja negotovinskih plačilnih sredstev ali vrednostnih papirjev ter uporabe ponarejenih negotovinskih plačilnih sredstev ali vrednostnih papirjev,
– pranja denarja;
– ponarejanja in prenarejanja dokumentov in javnih listin.

(3) Ta sporazum se ne dotika vprašanja izročitve in izvajanja medsebojne pravne pomoči v kazenskih zadevah ter pomoči in medsebojne pravne pomoči v davčnih zadevah.

2. člen

Pri izvajanju tega sporazuma neposredno sodelujejo naslednji pristojni organi pogodbenic:

na nemčki strani:

– Zvezno ministrstvo za notranje zadeve,
– Zvezno ministrstvo za zdravstvo,
– Zvezni kriminalistični urad,
– Uprava za varovanje meje,
– Carinski kriminalistični urad;

na slovenski strani:

– Ministrstvo za notranje zadeve,
– Ministrstvo za zdravstvo,
– Ministrstvo za finance,
– Generalna policijska uprava.

3. člen

Za izvajanje sodelovanja bosta pogodbenici:

– v okviru svojih notranjepravnih predpisov izmenjevali informacije o izvršenih ali načrtovanih kaznivih dejanjih, o skupinah storilcev, njihovih oblikah, povezavah in metodah dela, če je to potrebno za preprečevanje, odkrivanje in preiskovanje hujših kaznivih dejanj;
– na zaprosilo opravili ukrepe in dogovorjene operativne ukrepe za preprečevanje, odkrivanje in preiskovanje kaznivih dejanj v skladu z zakonodajo zaprošene pogodbenice, pri čemer lahko v okviru svojega notranjega prava in s pridržkom tretjega odstavka 1. člena vsaka pogodbenica dovoli prisotnost predstavnikov pristojnih organov druge strani pri izvajanju operativnih ukrepov;
– izvajali skupne ukrepe za zatiranje nezakonitega prometa, zlasti nezakonite proizvodnje prepovedanih drog in predhodnih sestavin;

- Erfahrungen über die Überwachung des legalen Verkehrs von Rauschgift und von Vorläufersubstanzen hierzu austauschen und Maßnahmen zur Verhinderung des Missbrauchs ergreifen;
- bei Bedarf Verbindungsbeamte entsenden;
- einander Muster von Gegenständen und Stoffen, die aus Straftaten erlangt oder für diese verwendet wurden oder werden können, zur Verfügung stellen;
- nach Möglichkeit Fachleute zur Fortbildung und zum Erfahrungsaustausch entsenden;
- kriminalistisch-kriminologische Forschungsergebnisse austauschen;
- im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts andere Maßnahmen ergreifen, die den Zielen dieses Abkommens und Verpflichtungen aus anderen für beide Staaten verbindlichen völkerrechtlichen Verträgen entsprechen.

Artikel 4

(1) Die Vertragsparteien werden zur Bewertung der Umsetzung dieses Abkommens und der Zweckmäßigkeit seiner Ergänzung oder Änderung bei Bedarf Konsultationen durchführen.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien können Arbeitsgruppen einrichten, Expertentreffen durchführen und Vereinbarungen zur Durchführung dieses Abkommens schließen.

Artikel 5

(1) Ist eine Vertragspartei der Ansicht, dass die Erfüllung eines Ersuchens oder die Durchführung anderer Maßnahmen der Zusammenarbeit die Souveränität oder die Sicherheit des Staates beeinträchtigen kann oder den Grundsätzen seines eigenen Rechts, seinen internationalen Verpflichtungen oder anderen wesentlichen Interessen des Staates widerspricht, so kann die Erfüllung des Ersuchens oder die Durchführung anderer Maßnahmen ganz oder teilweise verweigert oder von Bedingungen oder Auflagen abhängig gemacht werden.

(2) Die Unterstützung kann auch verweigert werden, wenn die Handlung, deretwegen das Ersuchen erging, nach dem im Staat der ersuchten Vertragspartei geltenden Recht keine strafbare Handlung ist.

(3) Die ersuchende Vertragspartei wird über die Verweigerung, in der Regel unter Angabe der Gründe, schriftlich unterrichtet.

Artikel 6

Unter Beachtung des innerstaatlichen Rechts jeder Vertragspartei erfolgen Übermittlung und Verwendung von personenbezogenen Daten, im Weiteren Daten genannt, im Rahmen dieses Abkommens durch die in Artikel 2 genannten Stellen der Vertragsparteien nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

1. Die empfangende Stelle einer Vertragspartei unterrichtet die übermittelnde Stelle der anderen Vertragspartei auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
2. Die Verwendung der Daten durch den Empfänger ist nur zu den in diesem Abkommen bezeichneten Zwecken und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgegebenen Bedingungen zulässig. Die Verwendung ist darüber hinaus zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung sowie zum Zwecke der Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit zulässig.
3. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn

- izmenjevali izkušnje o nadzoru zakonitega prometa s prepovedanimi drogami in predhodnimi sestavinami ter izvajali ukrepe za preprečevanje zlorabe;
- po potrebi izmenjevali oficirje za zvezo
- druga drugi dali na voljo vzorce predmetov in snovi, ki izvirajo iz kaznivih dejanj ali so bili oziroma so lahko uporabljeni za storitev le-teh;
- v okviru možnosti izmenjevali strokovnjake za usposabljanje in izmenjavo izkušenj;
- izmenjevali rezultate kriminalističnih in kriminoloških raziskav;
- v okviru svojih notranjepravnih predpisov izvajali druge ukrepe, ki so v skladu z nameni tega sporazuma in z obveznostmi iz drugih mednarodnopravnih pogodb, ki so obvezujoče za obe državi.

4. člen

(1) Pogodbenici se bosta po potrebi posvetovali o izvajanju tega sporazuma ter o morebitnih potrebah za njegovo dopolnitev ali spremembe.

(2) Pristojni organi pogodbenic lahko ustanovijo delovne skupine, organizirajo strokovna srečanja in sklenejo dogovore za izvajanje tega sporazuma.

5. člen

(1) Če je ena od pogodbenic mnenja, da ugoditev zaprosilu ali izvedba drugih ukrepov sodelovanja lahko omeji suverenost ali varnost države ali je v nasprotju z osnovnimi načeli njenega prava, njenimi mednarodnimi obveznostmi ali drugimi bistvenimi interesi države, lahko ugoditev zaprosilu ali izvršitev drugih ukrepov v celoti ali deloma zavrne ali pa postavi določene pogoje ali zahteve za tako ugoditev.

(2) Pomoč se lahko zavrne tudi v primeru, če dejanje, na katerega se zaprosilo nanaša, po zakonodaji zaprošene države ni kaznivo dejanje.

(3) Pogodbenico prosilko je treba o zavrnitvi pisno obvestiti in praviloma navesti razloge.

6. člen

Posredovanje in uporaba osebnih podatkov, v nadaljevanju podatkov, poteka v okviru tega sporazuma ob upoštevanju notranjepravnih predpisov vsake pogodbenice prek pristojnih organov, navedenih v 2. členu, in v skladu z naslednjimi določbami:

1. Prejemnik ene pogodbenice pošiljatelja druge pogodbenice na zahtevo informira o uporabi posredovanih podatkov in o rezultatih, ki so bili s tem doseženi.
2. Prejemnik sme podatke uporabiti le za namene, določene s tem sporazumom, in pod pogoji, ki jih postavi pošiljatelj. Uporaba je poleg tega dopustna za preprečevanje in pregon hujših kaznivih dejanj ter za odvrnitev večjih nevarnosti za javno varnost.
3. Pošiljatelj je dolžan paziti na pravilnost posredovanih podatkov ter na upravičenost in sorazmernost glede na namen posredovanja. Pri tem je treba upoštevati prepovedi posredovanja, ki veljajo po notranjepravnih predpisih vsake pogodbenice. Do posredovanja podatkov ne pride, če ima pošiljatelj razlog za domnevo, da bo s tem kršen kakšen od

die übermittelnde Stelle Grund zu der Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen der betroffenen Personen beeinträchtigt würden. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung unverzüglich vorzunehmen.

4. Einer Person ist auf Antrag über die zu ihr vorhandenen Daten sowie über deren vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Ihr Recht auf Auskunftserteilung richtet sich nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird. Die Erteilung einer solchen Auskunft kann verweigert werden, wenn das Interesse des Staates, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Antragstellers überwiegt.

5. Die übermittelnde Stelle weist bei der Übermittlung von Daten auf die nach ihrem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Fristen für die Aufbewahrung dieser Daten hin, nach deren Ablauf sie gelöscht werden müssen. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.

6. Die übermittelnde und die empfangende Stelle stellen sicher, dass die Übermittlung und der Empfang der Daten aktenkundig gemacht wird.

7. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

notranjepravnih zakonskih predpisov ali pa omejevani interesi prizadete osebe, ki jih je potrebno zaščititi. Če se izkaže, da so bili posredovani nepravilni podatki ali pa podatki, ki se jih ne sme posredovati, je treba prejemnika o tem nemudoma obvestiti. Ta jih je dolžan takoj popraviti ali uničiti.

4. Na zahtevo je treba osebi, o kateri so bili posredovani podatki, dati informacijo o njenih obstoječih osebnih podatkih ter o namenu njihove uporabe. Pravica do informacije je odvisna od notranjepravnih predpisov pogodbenic, na katere ozemlju se informacija zahteva. Informacija se lahko zavrne, če interes države, da se informacija ne da, prevlada nad interesom prosilca.

5. Pošiljatelj pri posredovanju podatkov opozori na roke za njihovo hrambo, predvidene po notranjepravnih predpisih njegove države, po preteku katerih je treba te podatke uničiti. Ne glede na to je treba posredovane podatke uničiti takoj, ko niso več potrebni za namen, za katerega so bili posredovani.

6. Pošiljatelj in prejemnik morata zagotoviti uradno evidentiranje posredovanja in prejemanja podatkov.

7. Pošiljatelj in prejemnik sta dolžna posredovane podatke učinkovito zaščititi proti neupravičenemu dostopu, neupravičenemu spreminjanju in neupravičeni objavi.

Artikel 7

Anfragen, Informationen und Dokumente, die nach Maßgabe dieses Abkommens eingehen, werden auf Bitte der übermittelnden Stelle von der anderen Vertragspartei vertraulich behandelt. Der Grund für eine solche Bitte ist anzugeben.

7. člen

Zaprosila, informacije in dokumenti, ki se posredujejo v skladu s tem sporazumom, se na prošnjo pošiljatelja s strani druge pogodbenice obravnavajo kot zaupni. Razlog za to je potrebno navesti.

Artikel 8

(1) Die Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens erfolgt in der deutschen, slowenischen, englischen oder, nach Vereinbarung, in einer anderen Sprache.

(2) Ersuchen um Auskunft oder Durchführung von Maßnahmen nach diesem Abkommen werden von den in Artikel 2 genannten zuständigen Stellen schriftlich direkt übermittelt. In dringenden Fällen kann das Ersuchen auch mündlich übermittelt werden, es muss aber unverzüglich schriftlich bestätigt werden.

(3) Die mit der Erledigung eines Ersuchens verbundenen Kosten trägt die ersuchte Seite mit Ausnahme der Reisekosten für Vertreter der ersuchenden Seite.

8. člen

(1) Sodelovanje v okviru tega sporazuma poteka v nemškem, slovenskem, angleškem ali po dogovoru v katerem drugem jeziku.

(2) Zaprosila za poizvedbe ali izvajanje ukrepov po tem sporazumu si pristojni organi iz 2. člena tega sporazuma posredujejo neposredno v pisni obliki.V nujnih primerih je zaprosilo lahko tudi ustno, vendar ga je potrebno nemudoma pisno potrditi.

(3) Stroške za uresničitev zaprosila nosi zaprošena stran, razen potnih stroškov za predstavnike prosilke.

Artikel 9

Durch dieses Abkommen werden die in zweiseitigen oder mehrseitigen Übereinkünften enthaltenen Rechte oder Verpflichtungen der Vertragsparteien nicht berührt.

9. člen

Ta sporazum ne vpliva na pravice ali obveznosti obeh pogodbenic iz dvostranskih ali večstranskih dogovorov.

Artikel 10

(1) Dieses Abkommen tritt 30 Tage nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind, wobei der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung maßgebend ist.

(2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Das Abkommen kann von jeder Vertragspartei durch Notenwechsel gekündigt werden. Die Kündigung wird sechs Monate nach dem Zeitpunkt wirksam, nachdem sie der anderen Vertragspartei zugegangen ist

10. člen

(1) Ta sporazum začne veljati 30 dni po dnevu, ko sta se pogodbenici uradno obvestili, da so izpolnjeni notranjepravni pogoji za začetek veljavnosti, pri čemer je odločilen dan prejema zadnjega obvestila.

(2) Ta sporazum se sklene za nedoločen čas. Vsaka pogodbenica ga lahko odpove z izmenjavo not. Odpoved začne veljati šest mesecev po tem, ko jo prejme druga pogodbenica.

Artikel 11

Die Registrierung dieses Abkommens beim Generalsekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach ihrem Inkrafttreten von der Regierung der Republik Slowenien veranlasst. Die andere Vertragspartei wird unter Angabe der erteilten VN-Registrierungsnummer unterrichtet, sobald diese vom Generalsekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

11. člen

Vlada Republike Slovenije registrira ta sporazum takoj po začetku njegove veljavnosti pri generalnem sekretariatu Združenih narodov v skladu s 102. členom Ustanovne listine Združenih narodov. Drugo pogodbenico obvesti o določeni registracijski številki ZN, ko jo potrdi generalni sekretariat Združenih narodov.

Geschehen zu Laibach am 2. März 2001 in zwei Urschriften, jede in deutscher und slowenischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Sestavljeno v Ljubljani dne 2. marca 2001 v dveh izvirnikih, vsak v nemškem in slovenskem jeziku, pri čemer sta obe besedili enako zavezujoči.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Za Vlado Zvezne republike Nemčije

Heike Zenker
Schily

Für die Regierung der Republik Slowenien
Za Vlado Republike Slovenije

Dr. Rado Bohinc

Denkschrift

Allgemeines

Infolge der wirtschaftlichen und politischen Veränderungen, insbesondere in Osteuropa seit Anfang der 90er Jahre, hat auch die grenzüberschreitende Kriminalität eine neue Dimension erreicht. Inzwischen hat die internationale Staatengemeinschaft der Organisierten Kriminalität weltweit den Kampf angesagt und mit der Verabschiedung des VN-Übereinkommens zur Bekämpfung der Transnationalen Organisierten Kriminalität und der Protokolle gegen Menschenhandel, insbesondere Frauen- und Kinderhandel, gegen die Schleusung von Migranten und gegen den illegalen Handel mit und die Herstellung von Schusswaffen durch die Generalversammlung ein entsprechendes Signal gesetzt.

Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass der sich über Ländergrenzen ausbreitenden Kriminalität mit einem Netzwerk von Schutzmechanismen begegnet werden muss. Dazu gehört auch weiterhin der Ausbau bilateraler Maßnahmen. Die seit Anfang der 90er Jahre verstärkte politische Entwicklung in den Staaten Osteuropas hin zu demokratischen Strukturen, der ausdrückliche Wunsch dieser Staaten nach Zusammenarbeitsabkommen sowie die Entwicklung der Kriminalitätslage in den Staaten Osteuropas gaben der Bundesregierung Veranlassung, vorrangig mit diesen Staaten Vertragsverhandlungen aufzunehmen.

Die vorliegenden Verträge sollen im Verhältnis zur Republik Slowenien sowie im Verhältnis zur Republik Litauen Rechtsgrundlagen für eine intensivere Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität schaffen.

Die Verträge lassen sich in vier Abschnitte unterteilen. Artikel 1 regelt den Gegenstand der Zusammenarbeit und hebt dabei bestimmte Deliktsbereiche hervor. Artikel 2 benennt die zuständigen Behörden. Die Artikel 3 und 4 regeln die einzelnen Formen der Zusammenarbeit. Die Artikel 5 bis 9 enthalten allgemeine Bestimmungen über die Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit und regeln insbesondere den Austausch personenbezogener Daten. Artikel 10 (und 11 des deutsch-slowenischen Abkommens) enthalten die üblichen Schlussbestimmungen. Die einzelnen vertraglichen Regelungen sind ganz überwiegend Regelungen aus bereits geschlossenen Verträgen mit anderen Staaten nachgebildet.

Im Einzelnen

Zu Artikel 1

Artikel 1 Abs. 1 legt in allgemeiner Form den Gegenstand der durch das Abkommen vorgesehenen Zusammenarbeit fest. Das Abkommen soll den Vertragsparteien die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Straftaten von erheblicher Bedeutung ermöglichen, insbesondere bei Straftaten, die unter Einbeziehung organisierter krimineller Strukturen begangen werden. Dabei wird klargestellt, dass die Zusammenarbeit nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts erfolgen soll. Artikel 1 Abs. 2 hebt bestimmte Deliktsbereiche als Schwerpunkte der Zusammenarbeit hervor, stellt aber gleichzeitig klar, dass diese Aufzählung nicht abschließend ist („insbesondere“). Artikel 1 Abs. 3 stellt klar, dass Fragen der Rechtshilfe in Strafsachen und Fragen der Rechtshilfe in Fiskalsachen von den Regelungen des Abkommens nicht erfasst werden sollen.

Zu Artikel 2

Artikel 2 zählt aus Transparenzgründen die Behörden auf Bundesebene auf, über die sich die Zusammenarbeit unmittelbar vollziehen soll. Die Vorgaben des § 3 Bundeskriminalamtgesetz sind hierbei gewahrt.

Zu Artikel 3

Artikel 3 führt neben allgemeinen Formen der Zusammenarbeit in den Bereichen Informations- und Erfahrungsaustausch, abgestimmte operative Maßnahmen und Überwachung und Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität auch konkrete Zusammenarbeitsformen (Entsenden von Verbindungsbeamten, Austausch von Fachleuten sowie von Forschungsergebnissen) auf. Dabei wird durch die Formulierungen „bei Bedarf“ und „nach Möglichkeit“ klargestellt, dass diese Zusammenarbeitsformen nicht zwingend sind, sondern den Vertragsparteien die Möglichkeit offen stehen soll, die konkrete Entscheidung über diese Formen der Zusammenarbeit unter anderem von den jeweiligen Kapazitäten sowie einer kriminalistischen Bewertung abhängig zu machen.

Zu Artikel 4

Artikel 4 Abs. 1 sieht langfristig die Evaluierung der auf der Grundlage des Abkommens erreichten Zusammenarbeit vor. Artikel 4 Abs. 2 eröffnet den Vertragsparteien die Möglichkeit, zur Durchführung des Abkommens gegebenenfalls erforderliche Verfahrensregelungen zu treffen und Expertentreffen zu vereinbaren.

Zu Artikel 5

Artikel 5 gestattet es jedem Vertragsstaat, einzelne Maßnahmen der Zusammenarbeit aus den in der Vorschrift genannten Gründen zu unterlassen oder an Bedingungen oder Auflagen zu knüpfen. Hierüber soll der ersuchende Vertragsstaat, in der Regel unter Angabe von Gründen, unterrichtet werden. Im Falle der Übermittlung personenbezogener Daten trifft allerdings Artikel 6 eine spezielle und abschließende Regelung.

Zu Artikel 6

Artikel 6 stellt für die Verwendung personenbezogener Daten, die im Rahmen der vertraglichen Zusammenarbeit dem jeweils anderen Vertragsstaat übermittelt werden, ein eigenständiges Datenschutzregime auf. Eine Verwendung von Daten im Sinne von Artikel 6 liegt – in Übereinstimmung mit der Begrifflichkeit des Bundesdatenschutzgesetzes (§ 3 Abs. 4 und 5 BDSG) – bei jeder Form des Umgangs mit personenbezogenen Daten vor, die nicht Erheben ist. Eingeschlossen sind demnach sowohl die Verarbeitung als auch die Nutzung von Daten.

Artikel 6 Nr. 1 sieht ein Unterrichtungsrecht der übermittelnden Stelle einer Vertragspartei über die Verwendung der übermittelten Daten und die dadurch erzielten

Ergebnisse durch die empfangende Stelle der anderen Vertragspartei vor. Nummer 2 formuliert den Grundsatz, dass personenbezogene Daten, die aufgrund des Vertrages dem anderen Vertragsstaat übermittelt wurden, von diesem nur zu den im Vertrag festgelegten Zwecken und zu den Bedingungen, die die übermittelnde Stelle im Einzelfall stellt, verwendet werden dürfen. Eine Ausnahme ist nur zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung sowie zur Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit zulässig. Alltags- und Kleinkriminalität fallen nicht unter diese Voraussetzungen.

Die Nummern 3 bis 7 enthalten zusätzliche Regelungen zum Umgang mit den vom anderen Vertragsstaat übermittelten personenbezogenen Daten.

Zu Artikel 7

Artikel 7 betont die Möglichkeit der vertraulichen Behandlung von Anfragen, Informationen und Dokumenten, sofern dies von einer Vertragspartei erbeten wird.

Zu Artikel 8

Zur Erleichterung der Zusammenarbeit der in Artikel 2 genannten Behörden gibt Artikel 8 Abs. 1 ein Sprachenregime vor. Durch Vereinbarung können die Vertragsparteien Abweichendes vereinbaren. Artikel 8 Abs. 2 schreibt als Grundsatz die Schriftform der Übermittlung von Ersuchen nach diesem Abkommen vor. Absatz 3 stellt klar, dass im Grundsatz die ersuchte Vertragspartei die mit der Erledigung des Ersuchens verbundenen Kosten zu tragen hat.

Zu Artikel 9

Artikel 9 stellt klar, dass sonstige völkerrechtliche Übereinkünfte, deren Partei die Vertragsstaaten sind, unberührt bleiben.

Zu Artikel 10 (und 11 des deutsch-slowenischen Abkommens)

Artikel 10 enthält die üblichen Regelungen zum Inkrafttreten und zur Kündigung des Vertrages. Gemäß Artikel 11 übernimmt es Slowenien, das Abkommen gemäß Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen registrieren zu lassen. Es ist internationale Übung, dass die Vertragspartei, in deren Land ein Abkommen geschlossen wird, die Registrierung veranlasst. Zwischen Deutschland und Litauen bestand Einigkeit, entsprechend zu verfahren und auf eine ausdrückliche Regelung im Abkommenstext zu verzichten.

Anlage 2

Stellungnahme des Bundesrates

Der Bundesrat hat in seiner 770. Sitzung am 30. November 2001 beschlossen, zu dem Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes wie folgt Stellung zu nehmen:

Zu Artikel 2 Organisierte Kriminalität (OK)-Zusammenarbeitsgesetz

Artikel 2 ist zu streichen.

Begründung

Die Verordnungsermächtigung in Artikel 2 des Gesetzentwurfs hätte zur Folge, dass der Bundesrat bei der Transformation nachfolgender Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, die unstreitig Interessen und Belange der Länder wesentlich berühren, in nationales Recht nicht mehr beteiligt wird. Mit dieser Maßnahme würden die Länder ihre Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten beim Abschluss ähnlicher Abkommen verlieren.

Im Übrigen bestehen auch erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken gegen die beabsichtigte Form der Transformation.

Artikel 59 Abs. 2 GG verlangt für alle Verträge, die die politischen Beziehungen des Bundes regeln oder sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung (vgl. Begründung zum vorliegenden GE, Abschnitt II – zu Art. 1 –) beziehen, die parlamentarische Kontrolle in der Form eines Gesetzes. Die Zustimmung bzw. Mitwirkung der gesetzgebenden Körperschaften ist ihrem Wesen und Inhalt nach ein Regierungsakt in der Form eines Bundesgesetzes, der nur unmittelbar durch förmliches Gesetz und nicht etwa durch eine Rechtsverordnung vorgenommen werden kann (vgl. BVerfGE 1, 395).

Da im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung der Zuständigkeitsbereich der Länder und deren Interessen berührt sind, geht der Bundesrat auch im Interesse des Zusammenwirkens aller zuständigen Stellen bei der Kriminalitätsbekämpfung bei künftigen Vertragsverhandlungen davon aus, dass die Länder frühzeitig beteiligt werden und ihnen Gelegenheit zu einer inhaltlichen Mitwirkung gegeben wird und bittet die Bundesregierung, dies sicherzustellen.

Anlage 3

Gegenäußerung der Bundesregierung

Zu Artikel 2 (Artikel 2 OK-Zusammenarbeitsgesetz)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag des Bundesrates insoweit ab, als dieser vorsieht, die in Artikel 2 des Gesetzentwurfs vorgesehene Ermächtigung der Bundesregierung zur Inkraftsetzung künftiger Abkommen im Verordnungswege zu streichen. Die Verordnungsermächtigung erfüllt die verfassungsrechtlichen Anforderungen: Insbesondere wird durch die Inbezugnahme der in Artikel 1 genannten Abkommen die gebotene Bestimmtheit der Ermächtigung erreicht. Die Verordnungsermächtigung ist nach Auffassung der Bundesregierung zulässiges und geeignetes Mittel, um sowohl die nachträglich um die neue Datenschutzklausel ergänzten älteren Abkommen als auch, auf dieser vorgegebenen Grundlage, neu hinzutretende Abkommen schnellstmöglich in Kraft zu setzen. Artikel 2 des Gesetzentwurfs begegnet entgegen der Annahme des Bundesrates auch keinen Bedenken im Hinblick auf Artikel 59 Abs. 2 Satz 1, 2. Fall GG. Die Verfassungsvorschrift bezieht sich auf die Zuständigkeitsverteilung zwischen den gesetzgebenden Körperschaften und der Bundesregierung: Sie schützt den Gesetzgeber vor völkervertraglicher Präjudizierung, indem bereits zum Vertragsschluss seine Zustimmung erforderlich ist, wenn der Vertrag Verpflichtungen begründet, deren Erfüllung allein durch Gesetzeserlass möglich ist (BVerfGE 1, 372 [389 f.]). Es geht hier nicht um eine unzulässige Delegation des Beteiligungsrechts aus Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 GG, sondern um eine zulässige Vorwegnahme der Zustimmung oder Mitwirkung durch eine hinreichend bestimmte Verordnungsermächtigung. Solches entspricht breiter Staatspraxis (und im Übrigen auch den Leitsätzen des Rechtsausschusses des Bundesrates zu mit völkerrechtlichen Verträgen zusammenhängenden Rechtsfragen vom 7./8. Juni 1977).

Dem Wunsch des Bundesrates nach möglichst frühzeitiger Einbindung der Länder in die Inhalte künftiger Vertragsverhandlungen steht die Bundesregierung hingegen aufgeschlossen gegenüber.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333